

Nicht fortwerfen!

Im Betrieb Ankleben!

4. Jahrgang Nr. 256.

Einzelnummer 8.—M.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 8.— M., Durch Austräger 37.50 M., pro Woche, Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspreis: 6.— 6 Blätter, Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 91059. — Fernsprech-Anschluss Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 9. November 1922

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— M., Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungsanzeigen 2.50 M., Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Preis für die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Wert 30.— M.

Die schlesische Faschistenfront formiert sich!

Die Erfolge der italienischen Faschisten haben den deutschen Reaktionen Mut eingebläht. Sie halten jetzt wieder einmal die Zeit für gekommen, den kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Regierung den Fußtritt zu verlegen und die versteckte Diktatur der Bourgeoisie mit der offenen zu vertauschen. Fieberhaft gehen sie daran, den Schlag vorzubereiten, der die deutschen Arbeiter in volle Knechtschaft schlagen soll. Neben Bayern soll

Schlesien das Aufmarschgebiet der Faschisten werden. Zug um Zug schreitet die Organisation der faschistischen Kräfte in Schlesien vorwärts. Die Hintermänner der Faschisten, ihre Geld- und Auftraggeber, die Unternehmer und vor allem die Industriellen schaffen sich große und starke Organisationen gegen die Arbeiterchaft. Wir berichteten bereits darüber, daß sich am 3. November die schlesischen Industriellen zu einem „Zentralverband der schlesischen Industriellen“ zusammengeschlossen haben. Gegenüber 200 000 Arbeitern, die in die verschiedensten Berufs- und politischen Organisationen getrennt sind, bilden die Unternehmer ein festes Bollwerk.

Die drohende Haltung der schlesischen Gastwirte ist ebenfalls ein Zeichen der fortschreitenden Entwicklung der reaktionären Geister. Was bedeutet es anders als Kampf gegen die Republik, wenn die Gastwirte mit der Aussperrung sämtlicher Angestellten drohen, um ein ihnen unangenehmes Gesetz zum Sturz zu bringen? Die Gastwirte sagen nur das ganz offen heraus, was heute schon für alle Kapitalisten gilt: Kampf gegen die Republik, sobald diese auch nur den leisesten Versuch macht, dem Kapital nahe zu treten. Ja, mehr als das! Kampf der Republik, sobald diese nicht alles das tut, was die Kapitalisten von ihr fordern.

All diese Erscheinungen sind nur Zeichen der Zeit. Sie kündigen den nahenden faschistischen Sturm an, der in Deutschland toben wird. Die schlesischen Faschisten selbst aber organisierten sich weiter. Schon gestern meldeten wir, daß sich die schlesische faschistische Jugend zusammengeschlossen hat. Der harmlose Bund „Jungschlesien“ ist wirklich „harmlos“, als mancher denkt. Vom Magistrat Breslau erhalten wir einen Aufruf dieses Bundes zugestellt, der den Bund schon weit deutlicher als die Notiz, die wir gestern veröffentlichten, zeigt. In diesem Aufruf heißt es u. a.

Schwarz ringt unser Volk gegen die finsternen Schicksalsmächte, kämpfen seine Besten um die Läuterung der Volkseele. Es gilt die Probe, ob unser Volk noch die innere Kraft birgt, dem einmühsamen Materialismus und unheilvollen Parteistreit zu widerstehen, ob wir noch stark genug sind, der fortschreitenden inneren Zerkleinerung Herr zu werden.

Nirgendso härter prägt sich diese Notwendigkeit aus, als in unserer Glanzumdröhen Grenzmark. Eine einige Front all dieser gilt es zu bilden, die über Menschheitsidealen ihr Volkstum nicht vergessen, die gewillt sind, beim angestammten, freien Lande ihrer Väter unerschütterlich zu stehen, die den deutschen Bruder nicht nach dem Gewand, sondern nach Herz und Hand einschätzen. Es gilt für Schlesiens Jugend dringender als anderswo, Körper und Geist zu stählen, mit allen Kräften der Seele und des Gemüts sich fester zu verwurzeln im Heimatboden und seiner Geschichte. Es gilt, uns tüchtig zu machen zum Kampf gegen alles Unreine und Unedle, gegen Unglauben und Entartung. Es gilt vor allem für uns, eine Brücke zu schlagen zu der deutschen Jugend jenseits der Zwangsgränzen, ihr im Kampf um ihr Deutschland beizustehen und ihr einen festen Rückhalt an uns in der Heimat zu geben. Frei müssen wir werden von allen Schladen, und frei wollen wir bleiben immerdar.

Darum: „Jung-Schlesien“ allzeit voran!
Die Organisation des Bundes „Jung-Schlesien“
aus Schlesien des Jungdeutschen Bundes Breslau 1,
Wallstraße 16, II.

- Dr. Gotthold Hilbrand, Gauleiter, Emil Reimann, stellv. Gauleiter. (Jungsturm)
- Erich Beckmann (Wandervogel B. B.)
- Hans Dehmel (Wandervogel e. B.)
- Hellmut Gerlach, (Jungwandravogel)
- Hans Orzech (Falkenbund)
- Karl Heilig (Jungdeutsche Pfadfinderschaft)
- Kurt Hehl (Kreuzjungenpfleger in Lüben)
- Wilhelm Hilbig
- Bezirksverband der katholischen Jungmänner- und Jungmädchervereine.
- Willy Höller (Landjugendbund des schlesischen Landbundes)
- Otto Kühn und Martin Dehert (des Jungdeutschen Bund)
- Karl Müller (Jugendliche Gefellen)
- Küniger (Oberstl. Spiel- und Spielverband)
- Walter Schmidt
- (Zweigauschluß Schlesien für Jugendherbergen)
- Hermann Sped (Schlesischer Jugendbund Bismarck B.)
- Richard Wendisch
- (Band der Kampferjugend im S. S. B.)
- Kurt Wolff (Kampfbund)
- Walter Wolff (Jugend des Heimatverbandes Schlesiens)

Genosse Kraft verhaftet!

Am Mittwoch früh 7 Uhr wurde der politische Redakteur unserer Zeitung, Genosse Ernst Kraft von 2 Beamten der Breslauer Kriminalpolizei verhaftet, ohne daß irgendwelche Gründe angegeben wurden.

Wir wissen keinen anderen Grund, als daß die Behörden die Führer der Arbeiterchaft unschädlich machen wollen, damit die schlesischen Faschisten nun ungehindert ihren Aufmarsch vollziehen können.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Breslau, ruft deshalb für Freitag, den 10. November, zu zwei großen Protestkundgebungen bei Bräuer, Gabigstr., und in den Subertusjalen, Friedr.-Wilhelmstr. auf. In diesen Kundgebungen wird über das Thema:

Der drohende Faschistenputsch in Deutschland u. die Kommunistenhetze gesprochen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus! Erscheint in Massen!

Wer kennt nicht die „Wanderbünde“, die sich da zusammen geschlossen haben? Wir brauchen nur an den berühmtesten deutschnationalen Handlungsgeschichten-Band (D. S. B.) zu erinnern, der die reaktionären Meuchelmörder liefert. Auch der Deutsche Jugendbund Bismarck ist genügend bekannt. Sind es doch die Bismarcker, die nächtliche Gefechtsübungen machen und die nationalitisch verfeuchte Jugend für den Bürgerkrieg auszubilden. Und alle die anderen Pfadfinder- und Jungdeutschen Bünde sind hinreichend bekannt als reaktionäre Mord- und Beschönigungsverbände.

Aber selbst wenn durch die Namen der unterzeichneten Jugendbünde nicht vom vornherein zu erkennen wäre, daß der Bund „Jungschlesien“ nichts anderes ist als eine Orgelembodie, so läßt der Aufruf deutlich genug erkennen, was die Jungschlesier wollen. Die unheilvolle Parteilicht soll überwunden und der inneren Zerkleinerung soll man Herr werden! Das heißt, die

Arbeiterführer sollen niedergestraft werden und jede politische Regung des Proletariats soll unterdrückt werden. Die „innere Zerkleinerung“ d. h. die Republik soll beseitigt und an ihre Stelle der monarchistische „Ordnungsstaat“ gesetzt werden. Es gilt uns tüchtig zu machen zum Kampf gegen alles Unreine und Unedle, gegen Unglauben und Entartung.“ Also: Schlagt die Juden tot, sie sind nicht teuflisch! Schlagt die Sozialisten und Kommunisten tot, sie glauben nicht, Schlagt die Republik tot, sie ist eine Entartung! Das ist das Programm der schlesischen Faschisten. Das wollen die Jungsturm, Jungdeutsche, die Bismarcker und die Jungdeutsche! Es ist kein Wunder, daß der „Schlesische Landbund“, die Organisation der schlesischen reaktionären Junter, bereits Anfang November den Aufruf kamme und allen seinen Angehörigen warm empfohlen hat, dem Bund „Jungschlesien“ beizutreten.

Ohne langes Befragen stellt sich, aber auch der Breslauer Magistrat auf Seiten der Faschisten, indem er ihren Aufruf durch das städtische Presseamt veröffentlicht und somit der reaktionären Bande den Schein der Gesetzmäßigkeit gibt. Wenn die Reaktionäre unter dem Deckmantel des harmlosen Jugendbundes ihren Ziele auch nur ein Stück näher kommen, so trifft nicht zuletzt den Breslauer Magistrat ein gerüttelt Maß voll Schuld daran. Alle Schuldigungen durch die den Magistrat nun keine Aufschub betonen wird, ändern nichts daran, daß er den Reaktionären Vorbereitungen geistlich hat.

Die Reaktionen lassen es aber nicht bei dieser einen Organisation. Die akademische Jugend, die Gaulludenten bereiten sich auf die kommenden Ereignisse vor. Die erkrankten „Schlesische Zeitung“ meldet, daß sich die Burschenschaft zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen haben. Vom 3. bis 5. November fand die Zusammenkunft der Burschenschaft statt. Neben den üblichen Gaullagen wurden

reaktionäre Organe gefeiert. Ueber den Zweck der Zusammenkunft berichtet die „Schlesische Zeitung“ selbst:

Die Veranstaltung sollte den Zweck haben, die praktisch-politische Betätigung der Burschenschaft in ihren Aufgaben für das Grenzlanddeutschum zu fördern und zu festigen. Dabei hatten sich die Burschenschaft einen „feierlichen Landbesucher“ bestellt und betreiben unter der Devise: „Freiheit, Ehre, Vaterland“ ihr Werk. Daß die reaktionären Studenten unter praktisch-politischer Betätigung nicht diskurrieren und Entschuldigungen lassen verstehen, ist klar. Ihre praktische Tätigkeit ist bekanntlich reaktionäre Weltanschauung zu organisieren und politische Gegner zu meucheln.

Wie die reaktionäre Jugend ganz praktisch die Vorbereitungen für einen Faschistenputsch in Schlesien betreibt, zeigt auch, daß von rechtsstehenden Jugendbünden nächtliche militärische Übungen

veranstaltet werden. Solche Übungen finden beispielsweise auf dem Gutshof Reil in Corulla, Kreis Oppeln, statt und werden von ehemaligen Offizieren geleitet. Schon dort werden die nationalen Junglinge in Exerzieren und Schützengrabenbauwerken ausgebildet.

Blissartig beleuchten die angeführten Tatsachen den Ernst der Lage in Schlesien. Mit Riesenschritten geht die faschistische Gefahr unter dem Augen der republikanischen Behörden einher, ohne auch nur behelligt zu werden.

Wo bleibt das Gesetz zum Schutze der Republik, das nach dem Rathenau-Mord gegen die Reaktion geschaffen wurde? Es wird gegen die Kommunisten angewandt! Statt die Organisatoren des deutschen Faschismus festzusetzen, werden

kommunistische Redakteure verhaftet. Die Behörden machen damit die Arbeiter mundtot und verhindern, daß die Pläne der Reaktion aufgedeckt werden. Mit unverantwortlicher Nachlässigkeit sehen sie dem Streben der Orgel zu. Sie leiten Kommunistenprogramme ein, damit die Arbeiterchaft abgelenkt wird von der ihr drohenden Gefahr. Die Situation ist aber zu ernst zu solchen Ablenkungsmanövern! Jeder, der jetzt nicht klar gegen den sich vollziehenden Aufmarsch der Faschisten Front macht, ist Helfershelfer der Reaktion, ein Feind des Proletariats!

Was aber tun die sozialdemokratischen Führer? Statt das Proletariat wachzurufen, es für den Abwehrkampf zu organisieren, statt dessen zerplündern sie es, zum Wohle der Faschisten.

In einer Kartellversammlung des Niederschlesischen Industriereviere wurde von Sozialdemokraten vorgeschlagen, die Eisenbahner möchten sich dafür einsetzen, daß die Fahrpreise bei den Arbeiterzügen erhöht werden, damit die Straßenbahn mehr benutzt wird und die Straßenbahner vor Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben! In derselben Versammlung wurde von Sozialdemokraten erklärt, die Arbeiter müßten die „Schwarzen“ Barbieren der Steuerbehörde anzeigen, damit sie ihr Handwerk aufgeben müssen. Ferner wurde auch von Sozialdemokraten gefordert, daß sich das Gewerkschaftskartell dafür einsetze, daß die Frauen, deren Männer in Arbeit stehen, aus den Betrieben entfernt werden. (Näheres hierüber Bericht 4. Seite).

So hegen die sozialdemokratischen Führer die Eisenbahner gegen die übrigen Arbeiter, die Frauen gegen die Männer und wollen die Arbeiter sogar noch dazu bringen, für den Staat Bütteldienste zu leisten. Das alles tun die SPD-Führer in einer Zeit, wo von einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront der Arbeiterchaft das Geschick des Proletariats abhängt!

Die Faschistenfront in Schlesien ist im Aufmarsch! Die Reaktionäre schmieden die Waffen zum Putsch. Die Behörden funktionieren das faschistische Unternehmen! Die sozialdemokratischen Führer stützen es und schwächen das Proletariat! Die Kommunisten, die einzigen, die gegen die faschistische Bestie auf der Seite der Arbeiter stehen werden verpöndelt und in Kerker gethorfen!

Es ist hohe Zeit, daß sich die Arbeiter zum Abwehrkampf vorbereiten! Der Feind steht gerüstet! Er sammelt weitere Kräfte und Referent! Nun darf das Proletariat nicht länger warten! Darum, Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen, herauf zu den Kundgebungen am Freitag. Zeigt, daß auch Ihr gerüstet und bereit seit dem Feind entgegenzutreten.

Formiert die Bataillone zum proletarischen Abwehrkampfe!

Der 9. November, der Tag der Stinnes-Republik.

Die deutsche Republik feiert am 9. November ihr Fest. 1922 ist es ungewiss, ob das Fest der Großbourgeoisie geworden. Das es ein Fest des Kapitals geworden, verdankt das Volk den Reformsozialisten.

Im November 1918 warf der militärische Zusammenbruch dem Proletariat alle Möglichkeiten der Machteroberung in den Schoß. Nur eine Möglichkeit fehlte: die Einsicht in die revolutionären Erfordernisse. Und weil diese Einsicht fehlte, fehlte auch die Kraft, mit starker Faust die Macht zu ergreifen und zu verteidigen.

Den Kriegssozialisten, die längst mit der Bourgeoisie preisgegeben, die längst mit der Bourgeoisie sich verbunden fühlten, wurde verhältnismäßig leicht, der Bourgeoisie die ihr entglittene Macht schnell wieder in die Hand zu spielen. Die Arbeiter ließen sich dupieren; die Sozialdemokraten verließen die Sozialisierung! Aber anstatt das Proletariat zu einer Front zusammenzuschließen und im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie die Sozialisierung praktisch in Angriff zu nehmen, patiierten die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten in den Arbeitsgemeinschaften mit den Kapitalisten mit dem Ziel, nicht zu sozialisieren, sondern die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzurichten. Der Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach dem furchtbaren Verwüsten und der großräuberischen Profitmacherei während der Kriegsjahre war und ist nur möglich bei verschärfter Ausbeutung des Proletariats. Der kapitalistische Aufbau nach reformsozialistischen Rezepten brachte Not und Tod, brachte riesenhaftes Elend, brachte Unterdrückung und Knebelung für die Arbeiterschaft.

Um den Widerstand des Proletariats gegen verschärfte Ausbeutung zu brechen, lieferte der Sozialdemokrat die militärische Macht den monarchistischen Offizieren aus. Um das Proletariat abzusprechen, ließ der Sozialdemokrat Tausende von Arbeitern erschlagen. Revolutionäre Führer fielen unter den Streichen von Meuchelmördern. Ebert half der Reaktion mit den Mitteln des Belagerungszustandes und der Ausnahmeverordnungen.

Mit dem Stapp-Busch veranstaltete die monarchistische Clique eine Strafprobe. Der Ansturm zerschellte an dem Widerstande, den das antimonarchische Proletariat entgegenstellte. Die monarchistische Ueberzeugung im Bürgertum geriet ins Schwanken. Aber es gewann noch kein sicheres Urteil über das Strafverhältnis. Die Forderung der Reaktion durch die Sozialdemokratie gab ihr den Mut, mit dem Säug auf Erzberger eine zweite Strafprobe zu veranstalten. Und wiederum standen gewaltige Scharen von Proletariaten auf der Straße; Zentrumsarbeiter und Demokraten waren dabei. Arbeiter, die sich geduldig vom Kapital prügeln ließen, marschierten auf, um die Republik zu retten. Die Großbourgeoisie, die Verunnt-Monarchisten, wurden hellhörig. Ihre „Verunnt“ fortigerte ihre Grundzüge. Von der Monarchie hatte man nichts mehr zu erwarten, viel jedoch von den Gewerkschaften. Sie leisteten dem Kapital Dienste auf Dienste. Sie und die Sozialdemokratie ermöglichten die Erfüllungspolitik auf Kosten des Proletariats, sie erlaubten die Steuerabgabe des Kapitals, sie redeten von der Sachwertverfassung und verhinderten sie, sie machten in den Arbeitsgemeinschaften mit den Kapitalisten zusammen jene trügerische, verderbliche Preis- und Lohnpolitik, die mit unabwendbarer Sicherheit die Kaufkraft des Geldes herabdrückte, und mit eben solcher Sicherheit die Lebenshaltung des Proletariats. Die Profite des Kapitals wurden mit Hilfe der sozialistischen Koalitionspolitik gesichert. Sie befreiten das Kapital von jedem Risiko.

Um die Arbeiter zu täuschen, sie von aktiver Politik, vom Klassenkampf abzuhalten, veranstalteten die ADGB-Leute und Scheidemann Demonstrationen. Als das Kapital infolge der steigenden Not in Bedrängnis geriet, kamen wieder Ausnahmeverordnungen Eberts gegen die Arbeiter, kam die Aberkennung des Streikrechts für die in sogenannten lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten, kam die Einrichtung der staatlichen Streikbewachung, kamen die brutalen Justizaktionen gegen das Proletariat, wie sie in solcher Wut bisher nie erlebt worden waren.

Jahrhundert, die Bourgeoisie bekam von den Sozialreformern so viele Beweise kapitalistischer Energie und Dienstwilligkeit, daß die Stinnes und Genossen auf diesen Bundesgenossen gegen das Proletariat mehr Vertrauen setzen konnten als auf die Monarchie. Zunächst noch schwankt ein Teil des Bürgertums. Monarchistische Hege streckte dann Rathenau zu Boden. Wieder gab es mit Hilfe der Sozialdemokraten eine Klassenbewegung; sozialistische Regie ließ sie nicht über den Rahmen harmloser Demonstrationen hinauswachen. Nun war die Situation für die Stinnes und Genossen klar. Ihrem Ausbeutergeschäft drohten nur noch von rechts Gefahren. Stinnes-Streikmann erkannten, daß die feudalmönarchistischen Kreisläufe ihr gutes Einvernehmen mit den Gewerkschaftsbürokraten fördern konnten. Sie wollten aber auch, daß sie nur mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeiterschaft zu einem Objekt ausschweifender Ausbeutung machen konnten.

So wurden die Stinnes-Streikmann, die längst die Dirigenten der republikanischen Regierung waren, Verteidiger, grundsätzliche Anerkennung dieser Republik, sie ist die Republik der Großbourgeoisie.

Ziel brachte diese Republik bereits dem Kapital, mehr noch heißt es von ihr. Dank der hervorragenden Mithilfe der reformistischen Arbeitsgemeinschaften beruht das deutsche Kapital über die allerhöchste Arbeitskraft. Mit derselben Hilfe konnte das Kapital fast alle Steuern auf das Proletariat abwälzen, mit derselben

Der Hungerstreik in Görlich

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Ueber den heldenhaft geführten Hungerstreik der 5 politischen Gefangenen in Görlich liegt nunmehr der eingehende Bericht des Gen. Kommele vor, der uns über die näheren Umstände, die Ursachen und über den Zustand der Gefangenen Klarheit bringt. Diefem Berichte entnehmen wir nun die wichtigsten Angaben:

Die 5 Genossen befanden sich heute am 15. Tage im Hungerstreik.

Nicht nur die Zellen der Gefangenen, die Gänge und der Hof des Zuchthauses tragen den dumpfen, finsternen und öden Charakter mittelalterlicher Hungertürme, sondern sämtliche Räumlichkeiten, die der Zuchthausverwaltung zur Verfügung stehen. Räume, die nicht größer sind, als die Einzelhaftzellen, laßt und eng, dienen als Schreibstuben, in denen Duhende von Beamten einander im Wege haben und bei der Arbeit behindern. Dieses Milieu muß auf die Haltung der Beamten gegenüber den Gefangenen in der ungünstigsten Weise einwirken. Trotzdem berichten die Gefangenen ausnahmslos, daß trotz der allgemeinen Härte des Strafvollzugs ihre Lage in der Anstalt für sie erst völlig unerträglich geworden sei durch den Direktor, der am 1. Juli nach der Strafanstalt Görlich versetzt wurde.

Ueber diesen neuen Direktor sagt der Bericht des Genossen Kommele: „Der Direktor ist ein alter in der wilhelminischen Schule erzogener Bürokrat. Ueber sein Verhältnis zu den Gefangenen äußerte der Direktor selbst:

Als ich im Juli nach der Strafanstalt Görlich kam, herrschte eine große Verwahrlosung, die durch die lose Handhabung der Disziplin durch die früheren Direktoren verursacht war. Alle Verfügungen und Verordnungen über den Strafvollzug sowie die Hausordnung wurden nirgends eingehalten. Als ich hierher kam, sah ich zunächst meine wichtigste Aufgabe darin

militärische Disziplin

wie das die Vorschriften bestimmen, mit aller Schärfe durchzuführen. Dabei habe ich für die Gefangenen stets ein warmes Herz gehabt und versucht, ihre Lage so viel wie möglich zu bessern. Ich bin im Zuchthausdienst alt und grau geworden und habe reichliche Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt, so daß ich weiß, was für die Verwaltung einer Gefangenenanstalt erforderlich ist.“

Wir sehen also hier in den Anschauungen des Direktors ganz den alten Geist des Obrigkeitsstaates, und daß zu diesem Geist das Fehlen wechsender Untergeordneter gehört, ist eine alte Erfahrung. Wie wenig gewöhnlich es dieser Zuchthausdirektor mit seiner Berufung nimmt, die vorgeordneten Behörden, das preussische Justizministerium, dem der Strafvollzug untersteht, über die Vorgänge in der Anstalt zu unterrichten, geht daraus hervor, daß

das preussische Justizministerium erst durch unsere Veröffentlichungen auf den Hungerstreik aufmerksam gemacht wurde!

Das Ministerium schickte an die Anstaltsleitung ein Telegramm, in dem es sofortigen Bericht einforderte. Das geschah schon vorige Woche. Aber heute früh noch bestätigte uns das Ministerium, daß

bis zur Stunde noch kein Bericht eingegangen ist!

Auf die Schilderung des Gen. Kommele über den Befund der sich im Hungerstreik befindenden Gefangenen, erklärte der zuständige Ministerialdirektor beim preussischen Ministerium,

daß es mit den Gefangenen nicht so schlimm bestellt sein konnte, da er vom Gefängnisdirektor noch keinen Bericht habe!

Wir haben schon berichtet, daß der Anstaltsdirektor alle Briefe und Nachrichten über den Hungerstreik gewaltsam zurückhielt und mit Gewaltmaßregeln gegen Beamte vorgeing, die im Verdachte standen, die Angehörigen der Gefangenen zu beschützigen. Das würdige Gegenstück hierzu ist die unerhörte rechtliche Weisung an das Ministerium.

Diese Weisung bewiesen wir begründet die Beschwerden der Gefangenen sind.

Die politischen Gefangenen werden weit schlimmer behandelt als die kriminellen Verbrecher.

Die politischen Gefangenen werden in Einzelhaft gehalten und es besteht gegen sie

strengstes Sprechverbot!

Nach einer Verordnung des Justizministeriums aus dem Jahre 1919 ist das Sprechverbot gegen Zuchthausinsassen aufzuheben. Das Justizministerium und die Anstaltsleitung in Görlich setzen die Verfügung dahingehend aus, daß nur Gefangene in Geweiszellen sich miteinander unterhalten dürfen. Zudem die politischen Gefangenen in Einzelhaft gehalten werden, besteht für sie eine besonders grausame und gesundheitschädliche Art des Strafvollzugs. Die Unterbringung in der Einzelzelle kann für einen Gefangenen erzwungen sein, in Verbindung mit dem Schweigeverbot wird diese Isolierung, diese angebliche Bergungspolitik, zur Tortur. Bis zum 1. Juli war es den politischen Gefangenen in der Strafanstalt Görlich erlaubt, in der Freizeitsunde, in der sie die einzige Gelegenheit hatten, sich gegenseitig zu sehen, miteinander zu reden; der jetzige Direktor schloß für die politischen Gefangenen die Freizeitsunde mit Sprechverbot ab.

Hilfe praktiziert es die Politik der Lohnfestsetzungen mit großen Preisprüngen. Diese Republik gab dem Kapital einen gesungenen Präsidenten, der immer bereit ist, nach dem Kommando des Kapitals Ausnahmeverordnungen gegen die Arbeiter zu erlassen. Diese Republik steht dem Kapital mit einer Justiz zur Seite, die an Willigkeit im Kampfe gegen die Arbeiterschaft nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Republik brachte dem Kapital die Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie bei seinem Kampfe gegen den Arbeiterstand.

Mit der Feier des 9. November verbindet die Bourgeoisie der Republik Hoffnungen und Erwartungen auf neue Siege gegen das Proletariat.

Vor vier Jahren haben die kapitalistische Herrschaft beherrscht. Die SPD hat die Stinnes und Genossen von dieser Bedrohung befreit. Fast unbeschrankt ist der politische Einfluß der Stinnesleute, ihre wirtschaftliche und soziale Macht gegenüber dem Kapital hat sich gewaltig gesteigert. Die Republik ist ihr Rechtsinstrument. So ist es erklärlich, daß die Stinnes-Streikmann als Schutzwahl vor den Werten der Republik stehen. In dieser

Die Freisunde, in der sich die Gefangenen früher frei erholen konnten, soweit davon in dem Raminshaus eines Gefängnisses geredet werden kann, wurde zu militärischen Exercitien umgewandelt. Es muß auf Kommando im Schritt, mit 10 Schritt Abstand, marschieren werden.

Monarchistische antimonarchische und reaktionäre Zeitungen und Bücher sind die einzige Literatur, die im Zuchthaus Görlich gehalten werden darf. Allerdings ist auch die „Vorwärts“ zugelassen. Das ist die einzige Arbeiterzeitung, die Gnade vor den Augen der Inquisition findet. Verboten wurde eine demokratische Zeitschrift, in der ein Artikel von Holtscher über 3 Monate in Rußland enthalten war. Des weiteren wurde die demokratische Zeitschrift „Das Tagebuch“ verboten. Die Ursachen dieses Verbots wurden den Gefangenen nicht mitgeteilt. Damit die Gefangenen sich so sehr am Wissen bereichern, ordnete der neue Herr Direktor fogar den Lichtzug von abends 7 Uhr an, während zuvor die Zellen bis 10 Uhr erleuchtet blieben.

Noch schlimmer ist die

konfessionelle Bevormundung

und Drangsalierung der Gefangenen. Die politischen Gefangenen fordern das ihnen zustehende Recht, in Andachtsstunden entsprechend ihrer Weltanschauung durchzuführen. Sie verlangen, daß genau so wie für die anderen Religionen auch der freireligiöse Prediger seine Andachtsstunden allwöchentlich abzuhalten habe. Da aber dieser Prediger von Breslau kommen mußte, verlangte er eine Vergütung seiner Auslagen, das lehnte die Anstalt ab, trotzdem auf ihre Kosten ein Anstaltsgeistlicher unterhalten wird. Die politischen Gefangenen führten dennoch ihre Andachtsstunden durch, und hierüber zeigte sich alsbald, daß in über 30 sonstige Gefangene dem Dissidenten angeschlossen und den Religionsstunden des Anstaltsgeistlichen fernblieben. Der Pfarrer, über diese Maßnahmen seiner Getreuen erbost, bot nun alles auf, um seine Schäfchen wieder einzufangen. Er meinte, daß sie nie an Begründigung denken dürften, wenn sie gemeinsame Sache mit dem Sozialkainern machten. Dennoch blieb über die Hälfte der Dissidenten den Andachtsstunden der politischen Gefangenen treu. Nun griff die Anstaltsdirektion ein, indem sie die Genossen, die die Andachtsstunden leiteten, aus ihren Zellen festhielt, so daß die Dissidenten wieder unrichtiger Sache abziehen mußten.

Nachdem der Hungerstreik einige Tage gedauert hatte, war an die Dissidenten nicht mehr zu denken, da die Hungernden bereits so schwach sind, daß sie sich nicht mehr von ihrer Lagerstätte erheben können. Bezeichnend ist, daß der Anstaltsdirektor an das Justizministerium einen Bericht erstattete, in dem er umwäher Weise behauptet, daß nur vier Dissidenten in der Anstalt vorhanden seien. Damit wollte er seine gewalttätige Unterdrückungspolitik beim Ministerium verschleiern. Wir zweifeln nicht daran, daß das Ministerium, in den Parlamenten zur Rede gestellt, sich auf diese unwahre Behauptungen stützen wird.

Noch schlimmer sind die Mitteilungen über

körperliche Mißhandlungen

der Gefangenen durch einige Wärter. Hier ist besonders beachtlich der Gefangenewart Hagemann, der den bezeichnenden Spitznamen „Der Knochenbrecher“ trägt. Schläge mit dem Schlüsselbund, Fußtritte usw. stehen bei ihm im Tagesgebrauch und dieser brutalen Mißhandlungen sind besonders die politischen Gefangenen ausgesetzt.

So groß die Schuld des Direktors an den schwachhellen Vorgängen im Zuchthaus Görlich ist, einen nicht geringen Anteil an der Verzeiwung der Gefangenen haben die verantwortlichen Stellen im preussischen Justizministerium. Alle Gefangenen stimmen darin überein, daß die Kost schlecht zubereitet und völlig unzureichend ist.

Alle Gefangenen, die politischen und die kriminellen, leiden darunter Hunger!

Auf Grund einer Verfügung aus der Kriegszeit durften sich die Gefangenen Lebensmittelpakete bis zu 10 Pfund monatlich von ihren Angehörigen schicken lassen. Nach einer neuen Verfügung des Justizministers vom 22. Mai dieses Jahres wurde diese Bergünstigung wieder aufgehoben. Alle Berechtigungen, welche die juristische Zentrale der SPD, im Ministerium im Auftrag der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion im Ministerium erhoben, blieben bis jetzt ohne Wirkung. Die Gefangenen sind auf die völlig unzureichende Anstaltskost angewiesen.

Durch die barbarischen körperlichen und seelischen Torturen werden die politischen Gefangenen in den Zuchthäusern zur Verzweiflung getrieben, so daß der

Hungerstreik zu einer häufigen Erscheinung

in den Gefängnissen unserer freiesten Republik geworden ist. Diese Vorgänge sind um so schmerzlicher, als sie sich drei Monate nach dem Amnestiegesetz vom 21. Juli 1922 zgetragen haben. Der Reichsammnestieausschuß hat sich endlich mit den Görlicher Gefangenen beschäftigt. Wann wird endlich sein Gutachten und die Entscheidung des Reichspräsidenten bekannt gegeben werden? Oder wollen das preussische oder das Reichsjustizministerium die Verantwortung tragen, wenn die Amnestie zu spät kommt? — Denn muß die Solidarität der Arbeiter aus den Betrieben den heldenhaften Kämpfern, den schwer leidenden Opfern der Klassenjustiz entschlossen zur Hilfe eilen.

Republik sind die Proletariat mehr in Lohnnechtenschaft geschlagen als je zuvor.

Aber die Ketten zerspringen, die Ketten sind gelöst, sobald das Proletariat es will.

Die Wahlen in Sachsen. Kommunistische Erfolge.

Die ersten noch lückenhaften Nachrichten über den Wahlausfall in Sachsen, auf deren politische Bedeutung wir noch zurückkommen werden, zeigt überall ein starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen.

Im Wahlkreis Erzgebirge-Bohland haben erhalten: Die SPD, 131 217 Stimmen (plus 52 896 gegen die Wahl 1920), die BVPD, 371 626 (plus 39 908), die Deutschnationalen 1 665 48 (plus 282 35) die Demokraten 73 197 (plus 27 154), die Deutsche Volkspartei 157 680 (plus 24 128), das Zentrum 3021 (plus 525). Die Kommunisten haben also absolut und relativ den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Einige

Besten, die dieses Ergebnis nur noch unterstreichen werden, stehen noch aus.

Im Wahlkreis Leipzig sind bisher gewählt: Kommunisten 82 957 (plus 160 000), USPD. 264 928 (plus 47 000), Demokraten 57 883 (plus 13 000), Deutsche Volkspartei 157 990 (plus 47 000), Deutschnationale 132 718 (plus 12 000), Zentrum 3 554 (plus 800).

Dresden-Ostachsen: rund 465 000 Bürgerliche gegen 471 000 Arbeiter, gegen 395 000 Bürgerliche und 324 000 Arbeiter 1920. Die Zahl der Kommunisten stellt sich auf rund 51 000, das sind 21 000 mehr als 1920.

Im ganzen haben die Kommunisten etwa 265 000 Stimmen gegen 177 688 Stimmen der linken USPD und der SPD im November 1920 erhalten. Die Stimmenzunahme beträgt im Durchschnitt rund 50 Prozent, während die anderen Parteien durchschnittlich um 20 Prozent gewachsen sind.

Erhalten haben insgesamt die bürgerlichen Parteien etwa 1 051 000 Stimmen, die Arbeiterparteien 1 191 000 Stimmen.

Die Arbeitermehrheit bleibt erhalten, sie verstärkt sich sogar um ein Mandat, das die Kommunisten den Bürgerlichen, dem Zentrum, abgenommen haben. Die Mandatsverteilung stellt sich wie folgt:

SPD	10	(bisher 9)
USPD	40	(- 40)
Deutschnationale	20	(- 20)
Deutsche Volkspartei	18	(- 18)
Demokraten	8	(- 8)

Mandatsverteilung und Stimmenzuwachs ergeben, daß die Arbeitermehrheit gewachsen ist, aber nicht weil die USPD. größeres Vertrauen bei den Massen gewonnen hat, sondern weil die SPD. prozentual am stärksten zugenommen hat. Sie ist die Partei, die den Bürgerlichen einen Sitz abgenommen hat.

Im neuen Landtag wird die USPD. zusammen mit den Demokraten allein keine Regierung bilden können: Sie muß schon, wenn sie, wie bisher demokratische Schaukelpolitik betreiben will, um die Arbeiterchaft weiter in Kleinbürgerlichen Illusionen gefangen zu halten, die Stinnes-Partei bemühen. Die nächsten Tage werden schon zeigen, ob die „linke“ sächsische Sozialdemokratie auch in Sachsen zur Stinneskoalition übergehen wird, obwohl das Wahlergebnis sich eindeutig gegen jede Koalitionspolitik ausgesprochen hat.

Kontrollauschub in Gottesberg gebildet.

Am 5. November fand in Gottesberg eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, die von der Belegschaft des Egmontschachtes gefordert wurde, um nach Wegen aus dem Elend zu suchen. Nach ausgiebiger Aussprache wurden, trotz des beredten Abredens des Vertreters des Bergarbeiterverbandes Gchner (USPD), Kontrollauschüsse für Gottesberg und Umgebung gebildet. In den nächsten Tagen sollen sie durch Hinzunahme von Arbeiterfrauen erweitert werden. Sie haben die Aufgabe, gestützt auf die Arbeiterschaft und Betriebsräte des oberen Reviers, gegen die Wucherpreise der hiesigen Kaufmannschaft energisch vorzugehen. Die Versammlung hat die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die anderen Orte des Waldenburger Kohlenreviers zur Bildung von Kontrollauschüssen unterzüglich schreiten werden.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Ach du mein hartes, hartes Schicksal!“, sagte die alte Stimme.
Und der Bah drohte tief und kräftig:
„Bist mir wie eine A—ast von Stahl...“
In Njas Erinnerung tauchte plötzlich das Bild des Großvaters Terentij auf. Der Alte schüttelte den Kopf und sprach:
„Ich erd die Tränen keine Wangen neigten:
„Sehst du das? Ich, geschaut — und hab' doch die Wahrheit erschaut...“
Nja dachte daran, daß auch Terentij, der doch Gott so an Herzen lieb gehabt hatte, unscheinbar Geld aufgespart hatte. Und Oskaf Terentij fürchtete Gott und — hatte das Geld gestohlen. Und alle Menschen sind so gleichsam in sich erhalten. In ihrer Brust ist eine Waage, und das Herz ist sich, als Jünglein an der Waage, hab' zur einen, hab' zur andern Seite und wagt so das Gute und Böse.
„Nja —!“ brüllte jemand in der Schenke. Und gleich darauf stürzte etwas zu Boden, und schlug mit solcher Gewalt auf, daß sogar das Bett unter Nja erzitterte.
„Halt! ... Am Himmelswillen...“
„Halt ihn! ... A—ah!“
„In Hülfe! Polizei!“
Der Lärm ward mit einem Male stärker und erregter, eine Menge neuer Leute erhobte, und als ein mächtiges Geknurre Gehens dröhnten sie in der Luft, gleich einer Menge böser, hungriger, fest aneinander gefetzter Hände. Einzelnen Stimmen verhallten im Chaos des wilden Lärmes.
Nja horchte mit Gemühtung auf das rote Lärmen: war ihm angenehm, zu hören, daß gerade das Geschehen war, was er vorausgesehen hatte. Es war gewissermaßen eine Bestätigung dessen, was er von den Menschen wußte. Er drehte sich auf dem Bett um, hob die Hände über den Kopf und überließ sich wieder seinen Gedanken.
„Mein Großvater Ntapa muß wohl eine große Freude bezogen haben, wenn er acht volle Jahre lang freigesandte Süße... Und alle Leute verziehen ihm, sprachen über voll Achtung und anerkennen ihn einen Gerechten... Der seine Kinder stärkten sie in das Verderben. Den einen in die Hölle, den andern jagten sie aus der Dorfe...“
„Hier muß auf ganz besondere Art gerechnet werden“
Die Worte des Kaufmanns Stroganow fielen Nja ein.

Kommunistischer Sieg bei den Chemnitzer Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Chemnitzer Stadtverordnetenwahlen, die gleichzeitig mit den Landtagswahlen stattgefunden haben, haben erhalten: Die Kommunisten 29 131 Stimmen (plus 70 Prozent), die USPD. 55 557 Stimmen, die Deutschnationalen 22 369 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 30 635 Stimmen, die Demokraten 11 361 Stimmen, die Hausbesitzer 11 380 Stimmen, die Deutschnationalen 905 Stimmen. Die Kommunisten gewinnen 3 Sitze, die Sozialdemokraten verlieren 4 Sitze. 32 Arbeitermandaten stehen jetzt 28 bürgerliche Mandate gegenüber.

Heute Abend

punkt 1/2 8 Uhr

Revolutionsfeier

im grossen Saale des Konzerthaules

Kassenöffnung 6 Uhr!

Schlesische Rundschau.

Die Freiheit des Wuchers.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit:
Wie dem Oberpräsidenten bekannt geworden ist, ist in der Öffentlichkeit die Auffassung verbreitet, daß die hohen Milch- und Butterpreise mit Zustimmung der Behörden festgesetzt worden sind. Diese Auffassung ist irrig. Es herrscht freie Milchwirtschaft. Der Oberpräsident hat keinen Einfluß auf die Festsetzung der Milch- und Butterpreise. Im Gegenteil hat er auf das lebhafteste die Höhe dieser Preise die es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich macht, sich diese wichtigen Nahrungsmittel zu beschaffen. Ganz besonders bedauert er, daß die Preisgestaltung der Milch trotz seiner wiederholten Warnungen und Ermahnungen mehr und mehr dazu führt, daß den Müttern und Säuglingen das notwendige Lebensmittel entzogen und damit die schwerste Gefährdung der Volksgesundheit herbeigeführt wird. Trotzdem ist er nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage, diesen unverhältnismäßigen Preissteigerungen entgegenzutreten.
Wozel Hilsozzeit spricht aus die'er Zeiten! Es herrscht „freie Wirtschaft!“ Arbeiter, beschwert euch bei denen, die die freie Wirtschaft herbeiführen! Das ist das Gesamtziel der SPD.-Führer und ihrer Genossen-Präsidenten. Den Ar-

beitern freilich hilft wenig, Ihre Kinder verrecken elend, weil die Milch zu teuer ist! Und alles wegen der „Freiheit“ in der Republik. Wie mit der freien Wirtschaft, so ist es mit der „Freiheit“ überhaupt. Freiheit des Wuchers, der Ausbeutung, der Anrechnung, Freiheit des Wuchers und der Verhungerns, das ist die Devise der bürgerlich-demokratischen Republik.

Die Behörden sind machtlos. Sie können nichts tun, weil das Gleitende und wuchernde Bürgertum stärker ist als sie. Ihr Kampf gegen den Wucher steht so aus:

Die Preisstelle beim Oberpräsidium teilt mit:
Die in Breslau amtlich notierten Kartoffelpreise sollen vielfach nicht eingehalten werden. Der Oberpräsident weist darauf hin, daß jede Ueberschreitung der notierten Preise ein Strafverfahren wegen Preistreiberei nach sich ziehen kann. Unzulässig ist auch das sogenannte Zuschlagsystem, welches sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat. Der Landwirt darf nur den notierten Preis nehmen.

Es ist ferner aus verschiedenen Teilen der Provinz die Klage laut geworden, daß Landwirte ihre Kartoffeln vom Verkauf zurückhalten sollen, um eine noch günstigere Konjunktur abzuwarten. Gang abgesehen von der Meinung, die in einem solchen Verhalten liegt, steht sich der Landwirt deshalb auch der gerichtlichen Verfolgung wegen Preistreiberei gemäß der Verordnung des Bundesrats vom 8. Oktober 1918 (RStBl. S. 395, Nr. 3) aus.

Der Oberpräsident macht darauf aufmerksam, daß richtiger eingeschritten werden wird, falls die Schwierigkeiten der Kartoffelverförmung in manchen Bezirken in der Tat auf diejenigen Ursachen zurückzuführen sind, über die ihm Klagen zu Ohren gekommen sind.

Scharfe Drohungen — auf dem Papier! Verordnungen und Befehle gegen den Wucher — auf dem Papier. In Wirklichkeit aber: Schamloser Wucher und gewissenlose Spekulation. Wie die Wuchergewinne der angebotenen Strafen spotten, so spotten die Junker den Behörden und treiben krupellos ihren Wucher weiter.

Nur ein Mittel gibt es, das dem Wucher ernstlich entgegenzutreten kann: die proletarische Kontrolle der Produktion. Darum ihr Arbeiter in Stadt und Land:

bildet Kontrollauschüsse zur Bekämpfung des Wuchers! „Bolschewismus!“

In Arnsdorf im Riesengebirge sind Schulkinder in den Streit getreten. Sicher ist der Urheber dieser Ungeheuerlichkeit irgendein „Bolschewist“, der gewissenlos genug ist, selbst die Gemüter der Kinder mit seinen verbrecherischen Heereien von Rebellion zu vergiften! Das Waldenburger „Neue Tageblatt“ meldet darüber:

„In Arnsdorf streiten die Schüler der katholischen Schule. Der katholische Kantor ist erkrankt, und deshalb sollten die katholischen Kinder in der evangelischen Schule mit unterrichtet werden, um die Vertretungskosten zu sparen. Die Schulkinder gingen aber nicht in die evangelische Schule, sondern zogen vor, das Gemeindefunktionär und erkläre durch zwei Sprecher dem Gemeindevorsteher, daß sie auf Anordnung ihrer Eltern streikten.“

Oh weh! Nun ist dieser Streit gar von den leidenschaftlichen Vertretern Gottes angezettelt worden! Welch scharfe Worte fand doch erst vor kurzer Zeit der Zentrumsmann Henschel in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung über den Schulstreit zur Erzwingung der weltlichen Schule. Und nun fordern seine Schäflein in Arnsdorf die Kinder selbst zum Streit auf! Da muß wirklich ein Bolschewist oder gar Beelzebub sein Unwesen treiben.

Den Schaden haben die Arbeiter.

Durch die fortwährende Entwertung der Mark steigt der Bedarf an Papierzeitschriften, die Geld sein sollen, täglich. Die Reichsdruckerei kann — obwohl sie fast nur noch 10 000-Mark Scheine druckt — dem steigenden Bedarf nicht nachkommen. Darum sehen sich Gemeinden und sogar Großbetriebe veranlaßt, selbst Notgeld herauszugeben. Allerdings nicht wie während des Krieges, in 50-Pennigsscheinen, sondern solche von 500 und 1000 Mark. Die Unternehmer und Gemeinden machen dabei ein gutes Geschäft. Denn selbst, wenn sie für das verausgabte Notgeld Werte deponieren, so erhalten sie dafür noch Zinsen, während sie für das Notgeld keine zu zahlen brauchen. Noch glänzender ist das Geschäft, wenn sie nicht die volle Höhe des verausgabten Notgeldes deponieren müssen. Denn dann gewinnen die Kapitalisten noch soviel, als das Geld während der Umlaufzeit an Wert verliert.

Den Schaden haben aber die Arbeiter. Sie sind mit den Notgeldscheinen an dem Ort gesunden. Ueberschreiken sie die

lieben die Frauen und die weite Welt uns anschauen! Und wer etwas hat dagegen, mag den Strick um den Hals sich legen, und kann er nicht leiden den Strick, so brech' er sich das Genick...“

Bergnüttes Vagen und Beifallsrufe erklangen. Dann begann von neuem die leise Stimme an der Wand:

„Ich arbeit' nu von klein auf... bald vierzig Jahre bin ich alt. Und nicht mal Brot genug verdient' ich. Schweiß gibt's alle Tage — aber nicht alle Tage Kohlsuppe. Und zu Hause ist Jammer und Not. Die Kinder winseln, das Weib klagt... nicht anfehen mag man's. Da reißt einem der Geduldsfadens, man geht aus Rand und Band und kauft sich einen an. Und wird man wieder nüchtern, da sieht man, daß die Not inzwischen noch ärger geworden ist...“

„Ja, so ist's wirklich, nicht anders...“
„Da betet man nu zu Gott: Vater im Himmel! Barmherziger! Wozu ist diese Qual? ... Aber es scheint, er hört nicht...“

„Ein... er hört es nicht, scheint's...“
Nja ward es überdrüssig, dieses trostlose, mit hohler Stimme vorgetragene Sammeln des einen und den eintönigen Beifall des andern anzuhören, der noch trostloser klang als die Klagen jenes. Er warf sich auf seinem Bett herum und stieß absichtlich mit dem Ellbogen kräftig gegen die Wand. Da verstummten die beiden Stimmen.

Es litt ihn jedoch nicht mehr auf seinem Lager, eine qualende Unruhe trieb ihn empor. Er stand auf, ging in den Hof hinaus und blieb auf der Bordtreppe stehen, von der Sehnsucht erfüllt, irgend wohin zu entfliehen — wohin, wußte er selbst nicht. Es war schon spät; Ntasha schlief; mit dem Sonderling Jakob ließ sich nicht reden, und er lag wohl auch schon zu Hause in seinem Bett. Nja besuchte ihn überhaupt nicht gern, da Petruscha jedesmal, wenn er hinauf, unangenehm berührt schien und die Sitze in Falten zog. Ein kalter Herbstwind wehte. Dichte, fast schwarze Finsternis erfüllte den Hof, und der Himmel war nicht sichtbar. Die zwölfsendlichen Anbauern im Hofe erschienen wie große, im Winde festgerammelte Stübe der Finsternis. In der leuchtendsten Luft vernahm man allerhand seltsame Töne — ein huschen, Rascheln und leises Flüstern, das an die Klagen des Menschen über den Jammer des Lebens erinnerte. Der Wind streifte Njas Brust, fuhr ihm rauch ins Gesicht, blies ihm seinen feuchtesten, kalten Atem hinter den Kragen... Ein tröstlicher überließ Nja doch er rührte sich nicht vom Fleck. So geht's unendlich weiter, dachte er, ganz unendlich! Nur weg aus all' diesem Schmutz, dieser Unruhe, diesem Wirrwarr! Einjam wollte er leben, rein und still.

(Fortsetzung folgt.)

Am Sonntag, 12. November Betriebsrätevollversammlung

vorm. 9 Uhr, in den Subertusälen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32. Der Betriebsräteauschuss.

Drogen der Kommune, dann können sie mit dem Notgeld ebenfalls anfangen wie mit einem Stück alten Zeitungspapier. Hier ein Beweis. Am 3. November besam im Waldenburger Kreise ein Bauarbeiter einen 500-Mark Schein der Stadt Landeshut. In seinem Geschäft wird ihm der Schein abgenommen. Selbst die Post verweigert es. Nun kann der Arbeiter wegen dem 500-Mark Schein nicht einige hundert Mark nach Landeshut verschicken, um ihn einzulösen. Er muß abwarten, bis sich die Gelegenheit dazu bietet. Inzwischen entwertet die Mark immer mehr, und wenn der Arbeiter den Schein einlöst, dann hat er schließlich noch den Wert von 100 Mark. — Das kleine Beispiel zeigt, wie selbst durch das Notgeld die Arbeiter Schaden erleiden. Sie tun darum gut, wenn sie bei der Lohnzahlung nur solches Geld entgegennehmen, das sie wirklich sofort umsetzen können.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bergarbeiter lehnen die Schiedsprüche ab.

Gegen das Kollektiv-Prämienystem.

W.E.B. meldet aus Bochum: Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes hat eine Entschließung angenommen, in der sie die Schiedsprüche für den Kohlen- und Erzbergbau und die auf dieser Grundlage getätigten vorläufigen Abschlüsse in der Lohnfrage ablehnt. Für November wird eine weitere Lohnerhöhung neben dem vollen Ausgleich für den Monat Oktober gefordert. Die Einführung einer Kollektivprämie für etwaige Mehrförderung in den Kohlengebieten wird abgelehnt. Die Organisationsvertreter werden beauftragt, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, damit die Arbeiterkraft des Bergbaus alsbald in den Besitz der notwendigen Zahlungsmittel gelangt. Die Konferenz verlangt die Erledigung der Lohnfrage bis zum 12. November.

Die Stellungnahme der Christen und Hirche.

Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, hielt der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter am 5. November eine aus dem ganzen Ruhrgebiet stark besuchte außerordentliche Generalversammlung unter Vorsitz des Abgeordneten Jundsch ab. Es wurden zwei Entschließungen angenommen. In der ersten wird das am 27. Oktober abgeschlossene Lohnabkommen als unzureichend abgelehnt. In der zweiten wird die Vorkaufsforderung für das Verfahren von Ueberrichten von dem Augenblick ab als nicht mehr bestehend bezeichnet, da das Quantum der Reparationsfähle erhöht wird.

Die Hirsch-Dunterschen haben ebenfalls die Ablehnung des Schiedspruchs beschlossen, ebenso der polnische Verband.

Die Ablehnung der Schiedsprüche im Bergbau zeigt, daß die Bergarbeiter sich die Verhöhnung ihrer berechtigten Forderungen nicht länger gefallen lassen wollen. Vor allem richtet sich ihre Entrüstung gegen das Kollektiv-Prämienystem, das vom „Vorwärts“ und der übrigen KPD-Presse so richtig empfohlen wurde. Die Stellungnahme der Bergarbeiter ist eine Warnung an die Innenminister und die sozialdemokratischen Koalitionsminister. Wenn sie die Dinge auf die Spitze treiben, werden die Bergleute die Antwort nicht schuldig bleiben.

Kartellvollversammlung

für das niederschlesische Industriegebiet.

Die am Sonnabend, den 4. November, tagende Delegiertenversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Feier des 9. November.

Der Kollege Becker unterbreitete und empfahl den Delegierten einen Plan des Vorstandes. Danach soll von Arbeitstätte am 9. November abgehen und für die Abendveranstaltung rege Propaganda gemacht werden. Besonders laute sind die Ausführungen der Kollegen Schade und Witzmann. Letzterer besonders setzte sich dafür ein, daß an diesem Tage gearbeitet wird. Daß am 9. November nicht gefeiert werden darf, begründete er noch damit, daß eventuell wieder wie am 1. Mai einige Tote von Trümmern vorzukommen könnten. (?!). Demals habe das „Neue Tagblatt“ seine Klößen darüber gemacht, und dieses Schauspiel dürfen wir dem „N.“ nicht wieder bieten.

Genosse Schütz, Dittersbach vertrat weiteren Standpunkt. In ruhiger und sachlicher Art und doch in sehr eindringlicher Form ermahnte er die Anwesenden, dem Vorschlag des Vorstandes die Zustimmung zu versagen. Er führte aus: Die Reden, die bis jetzt gehalten worden seien, könnten auch in jeder christlichen oder kirchlichen Versammlung gehalten werden. Alles sei darauf eingeleitet: Nur Ruhe und kein Aufsehen. Nichts sei davon zu spüren, daß man hoch unsere Segnungen wieder einmal zeigen wolle, daß die Arbeiterkraft noch ist. Denjenigen, die heute schon wieder Demonstrationen und Unruhen veranstalten, die mit Fahnen, auf denen die Worte: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ stehen, Demonstrationen über Demonstrationen begehen, was endlich wieder einmal die Arbeiterkraft geschlossen entgegenzutreten. Gen. Schütz schloß damit, daß er alle Anwesenden anzuregen, alles zu tun, was zu unterlassen. Wenn wir weiter ruhig alles von unseren Gegnern hinhinhören, dann wird sich in Kürze unsere Lage noch viel mehr verschlechtern.

Witzmann, als nächster Redner meinte, es wäre eine große Gefahr für den Kampf für Arbeitstätte an die heutigen elenden Verhältnisse anzuknüpfen. Kollege Gläser meinte, die Arbeiter sollen sich für den 9. November interessieren werden. (Jetzt noch vier Jahre!).

Genosse Schütz führte Witzmann und auch Gläser scharf an. Mit Redensarten, wie sie für gebührend hätten, führte man seinen Kampf gegen einen so gut angelegten Gegner, wie er uns gegenübersteht. Wenn Witzmann glaubt, wegen dem Schiedspruch eines der besten deutsch-schlesischen Blätter, von Arbeitstätte und Propagandakomitee ablassen zu müssen, dann ist es schon besser, er packt überhaupt ein. Und daß das Schiedspruch von jetzt an nicht abhalten, das zu tun, was der Arbeiterbewegung nicht sein kann. Kollege Gläser erwiderte: Wir wissen, daß es uns bis jetzt nicht möglich ist, die Arbeiter geschlossen am 7. November zum Betreibe fern zu halten. Wir wissen aber auch, daß es uns bis zum 9. November allein nicht kann, obwohl sie bezeugen, die Arbeiter sind nur hinter die. Für uns Demonstrationen ist der 9. November nicht von Bedeutung. Aber wir sind trotzdem bereit, gemeinsam mit der KPD den Kampf zu führen, das wir nicht wollen, und zu helfen herbeizurufen zu lassen. Für uns muß die Lösung sein: Demonstration! Wir dürfen nicht mehr länger zögern, den Kampf mit dem Kapitalismus anzufangen.

In der darauf folgenden Diskussion wurde der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Der Tagesbericht zeigt, daß das Kartell über gründliche Mittel verfügt.

Unter „Bericht“ kann ein Bericht über Demonstrationen in der Provinz Schlesien zur Verfügung stehen. Solche Berichte er-

hielten bisher einen Wochenlohn von 350 M., verheiratete 2000 M. Die Witwe sind für ledige Gehilfen um 50 Prozent, für verheiratete um 100 Prozent erhöht worden. Nochmals wird den Delegierten empfohlen, dafür zu sorgen, daß den Waiskinder im Barbierberuf keine Gelegenheit zur Ausübung ihrer Tätigkeit gegeben wird. Diese sogenannten Schwarzbarbiere sollen ausnahmslos der Steuerbehörde angezeigt werden. (So wird die Demunition der Arbeiter propagiert!)

Witzmann beantragt dann, das Gewerkschaftskartell möge korporativ der Volkshochschule beitreten. Er begründet das damit, daß das Kartell mehr Einfluss auf die dort zu haltenden Vorträge haben werde. Jetzt sei das nicht der Fall. Dabei verriet er ungewollt das, was wir schon stets behaupteten. Er sagte: der einzige Vortragende an der Volkshochschule, der der Arbeiterbewegung etwas nahe steht, sei Wendemuth (Chefredakteur der Schles. Bergwacht). Wir können bestätigen, daß Witzmann recht hat. (Trotzdem empfiehlt Sozialdemokrat Witzmann den Arbeitern aber den Besuch der Volkshochschule.)

Weiter kamen Mißstände bei den Arbeiterzügen zur Sprache. Die Ausschreitungen, die dort vorgekommen sind, wurden scharf verurteilt. Festgestellt wurde, daß die Eisenbahnverwaltung nicht schuldlos ist. Hainich (SPD) verlangt von den Eisenbahnen, daß sie für höhere Fahrpreise bei den Arbeiterzügen eintreten, damit die Straßenzüge wieder mehr benutzt werden möchte. Schmidt (Eisenbahner) antwortet, an den niedrigen Tarifen sei die Volkvertreterung schuldig. Hätten wir eine andere Mehrheit im Parlament, würde es auch hierbei anders sein. Deutlicher gelangt: Hätten wir im Reichstag eine SPD-Mehrheit, dann wären die Fahrpreise zu den Arbeiterzügen mindestens ebenso hoch wie auf der Straßenzüge.

Angenommen wurde noch eine Entschließung, vorgelegt vom Koll. Hillmer, die besagt, daß das Gewerkschaftskartell alles daran zu setzen habe, daß Frauen, die einen Vollverdiener als Mann haben, aus den Betrieben entfernt werden.

Als letzter Punkt kam ein Vortrag des Koll. Weiser (Breslau) über Neuerungen in der Sozialgesetzgebung. Alles was er sagte, hängt in ein Loblied auf die SPD. aus. Gen. Bauer zeigte, was es mit den vorgetragenen Zahlen für eine Bewandnis habe. Alles nur Brocken, um den Hunger, ist der Sozialrentner etwas zu verlangsamen. Die Anträge der Kommunisten im Parlament, die Befreiung der Sozialrentner bezwecken, seien von der SPD abgelehnt worden. Ein Antrag, die Beträge für das Bezirksarbeitersekretariat zu erhöhen, wurde angenommen.

Kolales.

Breslau.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Donnerstag, den 9., fällt der Hilfsdienst wegen der Revolutionsfeier aus.

Freitag, den 10. November, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, haben folgende Genossen zu erscheinen:

Gotthard Engel, Georg Standtke, Florentine Standtke, Bruno Lorenz, Otto Schramm, Kirtschel, Knappe, Heinrich Schumann, Willi Heymann, Paul Jäger, Heinrich Neumann, vormittags erscheint der Genosse Fritz Wilbe.

Dittersbach.

Aus der Partei. Am Sonntag, den 5. November fand in der „Burg“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Nach Eröffnung und dem Gesang der Internationale hielt Genosse Schütz einen bildenden Vortrag über die Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus. Sehr interessant war die Schilderung der Ausberitung des Kapitalismus vor und nach der Jahrhundertwende im In- und Auslande. Der Referent schilderte dann noch die wirklichen Ursachen des Weltkrieges und legte dar, daß sich der Kapitalismus auf absteigender Linie befindet. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Interesse verfolgt und in der freien Ansprache forderte man die Fortsetzung der Aufklärungs- und Bildungsarbeit in der kommenden Zeit. Dem soll auch nachgegangen werden. Die Ortsgruppenleitung erwartet rege Beteiligung von Seiten der Genossen zu diesen Vorträgen von Genossen Schütz. Auch Schütz der Versammlung hielten die Mitglieder noch gemeinsame Zeit bei einander, bei welcher Gelegenheit Genosse Schütz einige Episoden aus der russischen Revolution von Bictor Bonin zum besten gab.

Letzte Nachrichten.

Die Mark fällt weiter.

Berlin, den 8. November 1922.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Dollar wurde heute mittag mit 125 Mark gehandelt.

Schauspielhaus.

145 Opern- und
Kleintheater.

Taglich 7 1/2 Uhr

Prinzessin Olala

Erste Vorstellung 7 1/2 Uhr

Die drei Kasperl

Leich-Theater.

Taglich 7 1/2 Uhr

Das große

November-

Programm

70.00 Mark
zahlt ich für 1/2 Flasche

40.00 Mark
für 1/2 Liter Wein meiner Firma

H. Hennig
Hinterstraße 5/6

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50, Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Oelkner

Agitationskreis Breslau.

Distrikt 3. Freitag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr, außerordentliche Distriktsversammlung. Alle Genossen müssen erscheinen, weil sehr wichtig. Referent anwesend.

Distrikt 6. Am Freitag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Mühling, Koppplatz 18, außerordentliche Mitglieder-versammlung. Erscheinen aller Genossen (innen) ist bringender erforderlich.

Für Distrikte 7 und 8 findet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Zur Stadt Waterloo“ Delsnerstr. 8, ein Unterhaltungsabend statt. Auftreten des Sprechers der K. P., ferner Rezitationen und Mandollinenvorträge. Sympathisierendes und Leser der „K. P.“ herzlich willkommen.

Agitationskreis Hainau.

Hainau. Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, bei Reuter, Parkrestaurant, Gedächtnisfeier der russischen Revolution am 7. November 1917. Alle Genossen (in) der Ortsgruppen Hainau, Göllschau und Steinsdorf, werden mit ihren Angehörigen erwartet.

Agitationskreis Langenbielau.

Langenbielau. Sonnabend, den 11. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Dinter. 7 Uhr: Funktionärsitzung. Abrechnung und Organisation.

Kreisleitung Langenbielau. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, beim Genossen Manusch, Reichenbach, wichtige Sitzung der Kreisleitung.

Agitationskreis Waldenburg.

Unteres Revier. Dittersbach. Sonntag, den 12. November, vormittags 9 Uhr, Funktionärsitzung. Da die Sitzung von großer Wichtigkeit ist, muß jeder einzelne Parteifunktionär anwesend sein. Genossen sind pünktlich zur Stelle. Sitzungslokal: Immalienquelle.

Agitationskreis Waldenburg.

Oberes und unteres Revier. Kreisfraktionsitzung sämtlicher Bauarbeiter wie Zimmerer des unteren und oberen Reviers. Freitag, den 10. November, abends 6 Uhr, im Kreuz in Altwasser. Kein Genosse darf fehlen.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 95 Max Gläser

Agitationskreis Langenbielau.

Peterswaldau. Freitag, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Klette unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung ist bereits bekannt, darum zahlreich erscheinen.

Agitationskreis Langenbielau.

Langenbielau. Sonnabend, den 11. November, pünktlich abends 7 1/2 Uhr, bei Dinter, Mitgliederversammlung. Außer wichtiger Tagesordnung. Es ist Pflicht der Zehnergruppenführer wie aller übrigen Genossen (innen), die neu hinzugekommenen Genossen (innen) zu benachrichtigen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig, Inzerate Max Gläser. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Wir suchen für die Tischlerarbeiten

an unserem Neubau einen Genossen.

Meldung im Büro Trebnitzer Straße 50

Produktiv-Genossenschaft f. die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau.

Ein offenes Wort an Dich!

Sehen erschienen! **Wacht auf, Verdammte dieser Erde!** Sehen erschienen!

An die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands!

Ein offenes Wort von der Kommunistischen Internationale

Was dem Inhalt: Die Defensivität des Kapitalismus / In der schwersten Not / Der Wendepunkt — Der Kampf in Europa / Was der proletarische Klassenkampf nicht ist / Sein oder Nichtsein — Die Offensivität des Kapitalismus / Was die Offensivität? Preis 10 Mark

Verlag Carl Heyne Verlag, Louis Calabro, Hamburg 8

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. — Breslau, Nikolaistraße 49/50